



DER VORSTAND

BDP · Am Köllnischen Park 2 · 10179 Berlin

Bundesministerium für Gesundheit
Herrn Bundesminister Jens Spahn
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Anschrift Berufsverband
Deutscher
Psychologinnen
und Psychologen
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon + 49 30 - 209 166 - 612

Telefax + 49 30 - 209 166 - 680

E-Mail sekretariat@bdp-verband.de

23. Mai 2019

Resolution des BDP zum Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten

Sehr geehrter Herr Bundesminister Spahn,

hiermit möchten wir Stellung nehmen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes von Bündnis 90/Die Grünen vom 25. April 2018. Unser Verband hat hierzu auf der Delegiertenkonferenz am vergangenen Wochenende eine Resolution verabschiedet.

Über einen weiteren Austausch würden wir uns freuen. Für weitere Anfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Michael Krämer
Präsident BDP

Gunter Nittel
Vorsitzender VPP im BDP

Dr. Johanna Thünker
Stellv. Vorsitzende VPP im BDP

Susanne Berwanger
Stellv. Vorsitzende VPP im BDP

Anlagen

Resolution des BDP: Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten

BDP, gegründet 1946

Präsident Prof. Dr. Michael Krämer

Vizepräsidentin Dipl.-Psych. Annette Schlipphak

Vizepräsident Dipl.-Psych. Michael Ziegelmayer

Hauptgeschäftsführerin Dipl.-Psych. Gita Tripathi

Registergericht Amtsgericht Charlottenburg

Resolution: Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) verabschiedet auf seiner Delegiertenkonferenz am 18. Mai 2019 in Nürnberg eine Resolution zum Verbot von Tabakwerbung.

Die Resolution im Wortlaut:

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen BDP e.V. fordert die Deutsche Bundesregierung auf, ein umfassendes Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten zu verabschieden. Das Rauchen von Zigaretten erzeugt psychische und körperliche Abhängigkeit und löst schwere Krebs- und Lungenerkrankungen aus. Die Zigarette ist gezielt konzipiert, süchtiges Verhalten auszulösen. Durch Tabakwerbung werden gezielt Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen. Das Leid betroffener Patientinnen und Patienten mit Tabakabhängigkeit ist immens. Die Rückfallquote bei Tabakabhängigkeit ist sehr hoch. Deutschland ist das einzige Land der EU, in welchem die entsprechende EU-Richtlinie noch nicht umgesetzt wurde.

Bereits 2004 erhob das Land USA Klage gegen die Zigarettenindustrie. 2006 wurde diese schuldig gesprochen. Seither wurden in den USA immense Schadensersatzzahlungen von Opferseite erstritten. Der internationale Schiedsgerichtshof in den USA hat die Klage des Tabakkonzerns Philip Morris auf Aufhebung der strengen Tabakregulierung in Uruguay zurückgewiesen. Der Konzern hatte das Land 2010 auf 25 Millionen Dollar Schadensersatz verklagt. In den Niederlanden wurde 2018 ein Strafantrag wegen Mord, Totschlag und Körperverletzung gegen 4 Tabakkonzerne gestellt, welcher von einer Großzahl niederländischer Kliniken, Ärztenverbänden etc. unterstützt wurde.

Wie kann es sein, dass die Deutsche Bundesregierung die EU-Richtlinie noch nicht umgesetzt hat?